

Begründet  
1877.

Erscheint täglich  
mit Ausnahme der  
Sonn- und Festtage.

Bezugspreis  
für das Vierteljahr  
im Bezahl und  
Nachbarortvertrieb  
Mk. 1.25  
außerhalb Mk. 1.35.



Fernsprecher  
Nr. 11.

Anzeigenpreis  
bei einmaliger Ver-  
öffentlichung 10 Pfg. die  
einzelne Zeile;  
bei Wiederholungen  
entsprechender Abat.

Reklamen 15 Pfg.  
die Textzeile.

Unparteiische Tageszeitung und Anzeigebblatt, verbreitet in den Oberamtsbezirken Nagold, Freudenstadt, Calw u. Neuenbürg.

Nr. 22.      Ausgabeort Altensteig-Stadt.      Dienstag, den 28. Januar      Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.      1908.

### Die parlamentarische Lage

(Nachdruck verboten.)

Der Reichstag hat auf Grund des Beschlusses seines Seniorenkommitees die Samstag- und Montagssitzung frei zu lassen, die erste kurze Unterbrechung seiner Beratungen beliebt und sie mit Rücksicht auf die Geburtstagsfeier unseres Kaisers gleich bis zum Dienstag ausgedehnt. Die Verhandlungen beginnen am Mittwoch erst wieder und setzen dann mit der zweiten Staatsberatung ein. Für den Augenblick herrscht parlamentarische Ruhe; aber die Ruhe vor dem Sturm, wie manche meinen. Und daß die zweite Staatslesung zu erwartenden Debatten führen wird, darüber kann ja kein Zweifel bestehen. Man denke an die von der freisinnigen Vereinigung geplante Mißtrauensstunde gegen den Fürsten Bülow, an die sozialdemokratischen Anträge über das Reichstagswahlrecht und manches andere. Aber daß in den kommenden Tagen und Wochen ein Sturm losbrechen werde, der den ganzen Blockraum fortsetzen könnte, wie von diesem und jenem allen Ernstes prophezeit wird, das glauben wir doch nicht, das nimmt auch der kompetenteste Beurteiler der Verhältnisse, der Reichskanzler Fürst von Bülow selbst nicht an. Er bezeichnet dem Berliner Vertreter eines deutschfreundlichen Pariser Blattes gegenüber die gegenwärtige politische Lage zwar als nicht gerade angenehm, fügte aber hinzu, daß er ihretwegen doch die Pläne nicht gleich ins Korn werfen werde. Aus seinem Amte zu scheiden, habe er weder Neigung, noch liege für ihn dazu ein äußerer Anlaß vor.

Die in diesen Worten niedergelegte Siegeszuversicht des Reichskanzlers kann allen denen zur Beruhigung dienen, denen der Gedanke an den bevorstehenden Ausbruch einer Krise nicht aus dem Kopf will. Außerdem ist aber auch eine Reihe positiver Tatsachen geeignet, in der gleichen Richtung zu wirken. Dahin gehört vor allem das Faktum, daß, abgesehen von einigen Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung, sämtliche Mitglieder der Blockparteien, der Rechten sowohl wie der bürgerlichen Linken, auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 5. Dezember v. J. stehen, in der sie dem Fürsten Bülow ihr Vertrauen mit der Zustimmung ausdrückten, an der von ihm eingeleiteten konservativ-liberalen Versöhnungspolitik mitzuarbeiten. Beim Festhalten an dieser Vertrauensgrundlage ist nicht nur die glückliche Erledigung der nationalen Aufgaben des Reiches gesichert, sondern es ist auch eine Garantie dafür geboten, daß die den berechtigten liberalen Wünschen entgegenkommenden Reformen auf dem Gebiete des Vereins- und des Börsenwesens unter Dach und Fach gebracht werden. Die jüngsten Tage haben überdies, wie von mehreren Seiten, ohne daß Widerspruch erfolgte, eine so warme Fühlung zwischen dem Kanzler und den Führern der Blockparteien gezeigt, daß selbst die drohenden Steuervorlagen weder dem Fürsten Bülow noch der nationalen Mehrheit des Reichstags zum Verhängnis zu werden brauchen.

### Auf dem Wege zur Reichseisenbahngemeinschaft.

! Nachdem soden zwischen der preussischen Staatsbahnverwaltung und den Verwaltungen der süddeutschen Staatsbahnen ein Uebereinkommen abgeschlossen worden ist, demzufolge die Postwagen auf gewissen Strecken des Eisenbahnnetzes nicht mehr vor den Landesgrenzen Halt machen, sondern ohne Aufenthalt und ohne Höflichkeit in das Gebiet der anderen Eisenbahn- und Postverwaltung übergehen, meinen Optimisten, der Weg zu einer allgemeinen Eisenbahngemeinschaft im Deutschen Reich sei wieder einmal um ein gutes Stück verkürzt worden. So weitgehende Schlüsse darf man aber aus der Uebereinkunft kaum ziehen, im Gegenteil muß die Befürchtung gehegt werden, daß durch solche Reformen auf dem Verkehrsgebiete die schon bei Gründung des Deutschen Reiches in Aussicht genommene Reichseisenbahngemeinschaft um so länger hinausgeschoben wird. Der Art. 47 der Reichsverfassung, wonach die Bundesregierungen sich verpflichten, die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz zu verwalten zu lassen, ist nur auf dem Papier stehen geblieben, und ebenso ein anderer Artikel der Verfassung, demzufolge das Reich für eine Gleichmäßigkeit und für mögliche Herabsetzung der Eisenbahntarife hinwirken wird.

Zur Beaufsichtigung des gesamten deutschen Eisenbahnwesens durch das Reich sind ja auch bereits durch Schaffung des Reichseisenbahnamts in Berlin die ersten Schritte unternommen worden, aber dieses Amt blüht nur im Verborgenen, es kann nur als eine Art höherer Registratur angesehen

werden, und es hat in bezug auf den Ausbau, auf die Verwaltung, auf Tariffestsetzungen u. s. w. „nix to seggen“. Von der Schaffung einer großen Eisenbahnzentralverwaltungsbehörde für das Reich und von der Schaffung von Reichseisenbahnen wird kaum gesprochen. Handel und Industrie würden es schon als einen wesentlichen Fortschritt betrachten, wenn nur eine gewisse Einheitlichkeit in der Verwaltung der verschiedenen deutschen Eisenbahnsysteme geschaffen würde. Im Herbst 1904 schien es einmal so, als ob zwischen den verschiedenen deutschen Eisenbahnverwaltungen eine Betriebsmittelgemeinschaft zustande kommen sollte. Damals wurde in Heidelberg eine Konferenz von Vertretern der Staatsbahnverwaltungen abgehalten, auf welcher die unbeschränkte Benützung aller Wagen und Lokomotiven festgesetzt werden sollte. Es sollte bestimmt werden, daß die einzelnen Wagen und Lokomotiven nicht je demal nach einem Transport in das Staatsbahngebiet zurückgeführt zu werden brauchen, zu dem das betreffende rollende Material gehört, sondern daß das rollende Material auch im fremden Staatsgebiet benützt werden kann. Ein Jahr lang wurde dann die Angelegenheit in den verschiedenen Behörden hin- und hergewendet, bis im Herbst 1905 eine zweite Konferenz in Berlin tagte, welche die schon ziemlich gut ausgebaute Grundlage der vorherigen Verhandlungen wieder zerstörte. Aus der Betriebsmittelgemeinschaft, in Verbindung mit der Schaffung eines Zentralamtes der Betriebsmittelgemeinschaft wurde nur eine Gemeinschaft für Benützung der Güterwagen. Das jetzige Uebereinkommen betrifft eine teilweise Gemeinschaft der Postwagen kann nur als eine kleine Abschlagszahlung angesehen werden, der bald größere Reformen folgen sollten.

### Tagespolitik.

In Frankfurt a. M. veranstaltete der demokratische Verein eine Kundgebung. Professor Luidde-München begründete das Interesse aller Deutschen am preussischen Wahlrecht, gestellte die öffentliche Wahl als ein Kennzeichen politischer Unmoral und sprach gegen die Fortführung der Blockpolitik. Er forderte den Zusammenschluß aller freigesinnten Elemente zur Erämpfung des Reichstagswahlrechtes für Preußen und in diesem Sinne wurde einstimmig eine Resolution angenommen. Nächste Woche soll in Frankfurt eine große Versammlung der drei linksliberalen Parteien gegen das preussische Wahlrecht stattfinden.

Bebel hat seine Reise über den großen Teich verschoben. Er benachrichtigte den Vorstand der amerikanischen sozialistischen Partei, daß er seine für dieses Frühjahr geplante Amerikareise aus Gesundheitsrücksichten auf unbestimmte Zeit verschoben habe.

Die Rede des früheren französischen Ministers des Auswärtigen Delcassé wird von den Pariser Blättern lebhaft besprochen. Wer die französische Volksseele an ihrem chauvinistischen Ende sieht, hat immer Erfolg. Aber es ist doch ein recht platonisches Vergnügen, das die Mütter und die öffentliche Volksmeinung Frankreichs da genießen. Herr Delcassé wird dem Frieden Europas nicht mehr gefährlich werden und das, wozu er unter günstigeren Zeitumständen als Minister straubte, auch heute und heute erst recht nicht erreichen, wo er als Abgeordneter die Revoanchetrommel schlägt. — Mit geringen Ausnahmen sprechen alle Pariser Blätter von einem großen Triumphe Delcassés; nur die wenigen die tiefer blicken und sich nicht durch ein paar hochtönende Redensarten betören lassen, verspotten den kleinen Gernegroß Delcassé. — Von den englischen Blättern loben die Konfessionen, also die der gegenwärtigen Regierung friedlich gegenüberstehenden Organe die Rede Delcassés, der Frankreich einer großen Zukunft entgegengeführt haben würde; die Liberalen weisen auf das gefährliche Spiel mit dem Feuer hin, das Delcassé als Minister betrieb, und beglückwünschen Frankreich dazu, daß seine Maximalpolitik von maßvoller Besonnenheit geleitet werde. — Wir in Deutschland brauchen uns um Herrn Delcassé ganz und garnicht zu beunruhigen; wir können ihm eigentlich nur dafür dankbar sein, daß er uns Gelegenheit bot, die alte Erfahrung zu erneuern, einen wie starken Widerhall noch immer jeder chauvinistische Appell in der Mehrzahl der Franzosen erweckt.

In einem offenbar inspirierten Telegramm erklärt die „Kölnische Zeitung“ zu der Rede Delcassés:

„Ob der gegenwärtige Augenblick für Frankreich geeignet ist, alte Streitfragen wieder auszugraben, bleibt der Beurteilung der französischen Regierung und der Franzosen überlassen. Wir würden es für besser halten, die alten Gegenstände nicht wieder aufzurühren, zumal die marokkanische Frage noch nicht mit dem kühlen Blick des Historikers betrachtet werden kann, sondern durchaus im Mittelpunkt des Interesses steht. Sie kann noch zu manchen Ausprüchen zwischen Frankreich und Deutschland führen, die nicht erleichtert werden, wenn französischerseits ein so hervorragender Politiker, wie Delcassé, unter dem Beifall der Kammer Seiten anschlägt, die deutlich chauvinistisch klingen.“

Der großen Reihe von Vertragsabschlüssen ist jetzt auch ein solcher zwischen Rußland und Japan gefolgt, durch den jedes der beiden Reiche den territorialen Besitzstand des andern anerkennt und sich darüber hinaus verpflichtet, die Unabhängigkeit und Integrität Chinas zu respektieren. — Die Veröffentlichung des schon im August vorigen Jahres abgeschlossenen Vertrages, dessen Inhalt bisher geheimgehalten worden war, ist auf Rußlands Verlangen augenscheinlich aus dem Grund erfolgt, weil Japan sich gerade neuerdings wieder eifrig und mit Erfolg bemühte, den Einfluß Chinas in der Mandschurei zur Stärkung seiner eigenen Macht daselbst zu untergraben. — Das in russischer und französischer Sprache abgefaßte Vertragsdokument enthält zwei Artikel, von denen der erste besagt: Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, die gegenwärtige territoriale Integrität des andern zu respektieren, und alle Rechte, die sich daraus für den einen oder für den andern Teil ergeben, ebenso Bündnisse, Uebereinkünfte und Verträge, die zwischen ihm und China in Kraft sind. Der zweite Artikel bezieht sich auf China. In ihm erkennen beide Teile die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität des chinesischen Kaiserreichs an und das Prinzip der Opportunität für alles, was Handel und Industrie dieser beiden Nationen in China betrifft, und verpflichten sich, den status quo aufrecht zu erhalten und diesem Prinzip durch alle Mittel friedlicher Art Geltung zu verschaffen. Der Vertrag kann eine erfreuliche Friedensbürgschaft werden, wenn sich beide Teile seinen Bestimmungen loyal unterordnen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Januar.

Am Freitag wurde über die Verlängerung des Zuckerübereinkommens und über den Vertrag mit Rußland über den wechselseitigen Zuckerverkehr und in Verbindung hiermit über die vom Grafen Schwerin (kons.) beantragte Ermäßigung der Zuckerverbrauchsabgabe auf 10 Mk. für den Doppelzentner beraten. Schatzsekretär v. Stengel machte ganz allgemein gehaltene Angaben über die Folgen einer Ablehnung der Verträge und erklärte sich namens der verbündeten Regierungen gegen eine Herabsetzung der Zuckersteuer, solange nicht anderweitig Deckung für den Einnahmeausfall geschaffen werde. Abg. Graf Schwerin (kons.) begründete seinen Antrag. Für ihn gebe es nur Herabsetzung der Zuckersteuer und Verlängerung des internationalen Zuckerübereinkommens, oder weitere Zulassung der Kartellbildung, also kein Uebereinkommen und keine Herabsetzung der Zuckersteuer. Abg. Böh v. Olenbüten (Welse) äußerte sich ähnlich, wenn auch weniger scharf. Abg. Dr. Wiemer (fr. Volksp.) war für die Verlängerung, weil das Abkommen für uns durchaus günstig gewirkt habe. Deshalb dürfe die Annahme auch nicht von der Herabsetzung der Zuckersteuer abhängig gemacht werden, so wünschenswert diese auch sei. Abg. Paasche (natlib.) befürwortete die Herabsetzung. Der gesteigerte Verbrauch werde einen Fehlbetrag wettmachen. Abg. Südekum (Soz.) stimmte der Herabsetzung gleichfalls zu. Noch notwendiger seien aber billigeres Brot und Fleisch. Abg. v. Grabst (Pole) meinte, wir hätten uns vor Rußland gebeugt. Abg. Gothein (fr. Verg.) wandte sich gegen den Antrag Schwerin. Abg. Vogt (wirtsch. Verg.) bedauerte die späte Einbringung. Man scheine den Reichstag für ein Parlament 2. Klasse zu halten. Schatzsekretär v. Stengel erwiderte, der Zeitpunkt sei nicht später als er konnte, gewählt worden. Abg. v. Cetzyn (frkonf.) äußerte sich im Sinne des Grafen Schwerin. Das Haus beschloß sodann Kommissionsberatung und vertagte sich bis Mittwoch. (Zittengefetz und Marineetat.)

# Landesnachrichten.

Alleinst. 27. Januar.

**\* Zum Geburtstag des Kaisers.** Als ein hehres Vorbild steht unser Kaiser, der heute sein 49. Lebensjahr vollendet, uns vor Augen. Sein hohes Pflichtbewußtsein, sein freundlicher Bekennermut und sein trautes deutsches Familienleben nötigen uns immer wieder Anerkennung, Bewunderung und Liebe ab. Wer den Kaiser in einzelnen Dingen oft anders beraten sich wünscht, der möge bedenken, „allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“; auch Fürsten sind „Menschen vom Weibe geboren“, begrenzt im eigenen Vermögen, eingeengt durch unerbittliche Verhältnisse. Niemand aber wird unserem Kaiser den Ruhm streitig machen, daß er jederzeit edelich das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale wirft, „immer auf Kosten“, als „des Staates erster Diener“, wie Friedrich der Große von einem Hohenzollern verlangte. Darum rufen wir gern: „Heil dem Kaiser!“ Gott schenke ihm Kraft und Weisheit, auch fernere des Reiches Wohl zu hüten und zu wahren auf den Wegen des Friedens. Es blühe das Reich zu seiner Freude, es blühe das kaiserliche Haus!

Fast überall wird heute in unserem deutschen Vaterland Kaisers Geburtstag gefeiert. Vielfach wurde die Feier schon auf den gestrigen Sonntag verlegt, was auch hier in Altensteig der Fall war. Der hiesige Kriegerverein hatte zur Feier alle patriotisch Gesinnten in das Gasthaus zur „Linde“ eingeladen und hierfür auch den „Biedertranz“ gewonnen. Es gebührt dem Dirigenten Lehrer Böhmeler und den Sängern des Biedertranzes besonderer Dank für die hübschen Darbietungen, welche die Geburtstagsfeier zu einer recht gemüthlichen machten. Erst um 8 Uhr konnte die Feier mit einem Vortrag des Biedertranzes eröffnet werden, dem eine Ansprache von Oberförster Weith, in welcher er des Kaisers gedachte, folgte. Den Schluß dieser Ansprache bildete das Kaiserhoch, in das lebhaft eingestimmt wurde. Es folgten dann vorgetragene Lieder des Biedertranzes und allgemeine patriotische Gesänge. So verlief der Abend in einer für die Beteiligten wohl befriedigenden Weise.

**Meisterprüfungen.** Wie aus dem Inseratenteil unserer heutigen Nummer ersichtlich ist, veranstaltet die Handwerkskammer Neulings in den Monaten März und April ds. J. wiederum Meisterprüfungen in allen Gewerben. Wir möchten bei der wachsenden Bedeutung dieser Prüfungen nicht vergessen, die jüngeren Handwerker unseres Bezirkes zur Teilnahme an den Prüfungen zu ermuntern, gibt es doch nach den gesetzlichen Bestimmungen keine andere Möglichkeit, sich den Ehrentitel eines tüchtigen Handwerkers, den Titel „Meister“ zu verschaffen. Auch die Staatsbehörden lassen ihm neuerdings mehr Beachtung zukommen. So hat die königliche Domänenverwaltung in einem Erlaß an die R. Bezirksbauämter vor kurzem die Weisung ergehen lassen, künftig mehr als bisher die zur Führung des Meistertitels berechtigten Handwerker zu berücksichtigen.

## Zur Mädchenbildung.

Zu der Einsendung des Herrn r-r. gebe ich Uebersicht über die

den Klassen der Realschule und Volksschule (für letztere Mädchen, weil es sich nur um die handelt).	Stundenzahl in				
	10jähr.	11	12	13	14
Volksschule	25	29	30	30	30
Realschule	27	28	29	32	32

Dabei sind aber eingerechnet in den 2 ersten Jahren 3, in den 3 anderen 4 Stunden Handarbeitsunterricht in der Volksschule, der in der Realschule weggelassen wird, in besonderen Stunden nachzuholen wäre. Ohne diesen Unterricht, der für Mädchen vielleicht wichtiger ist als manches andere, betrage die Stundenzahl der

Volksschule	22	26	26	26	26
-------------	----	----	----	----	----

Darnach wäre die Behauptung zu beurteilen, daß die Realschüler in 2 Klassen weniger Stunden haben, als die Volksschüler, abgesehen davon, daß bei der Realschule der Turnunterricht erst nicht mitgerechnet ist, der von Kl. 2 an mit 2 Wochenstunden einzufügen wäre. Für mich ist die Sache hiermit erledigt.

**Calw, 24. Jan.** Die Grundentwerfungen für eine neue Stuttgarter Straße sind nun außerhalb Eiters festgesetzt, so daß dem Straßenbau kein weiteres Hindernis mehr entgegensteht. Die neue Straße beginnt beim Dettinger Hof und endet beim Adler in Calw; sie wird 2186 Meter lang und hat einen Höhenunterschied von 94 Meter mit Gefällen von 4,4—6% zu überwinden. Der Ziegelbach muß überbrückt werden. Der Kostenvoranschlag sieht für die Straße 127 000 M. und für Kanalisierung des Ziegelbachs 68 000 M. vor, welche beide Beträge auf den Staat fallen; jedoch hat die Stadt zu der Ziegelbachkorrektur die Hälfte der Kosten zu leisten. Die Stadt hat sodann noch den Grundentwurf und die Bauarbeiten innerhalb Eiters im Betrage von etwa 40 000 M. zu übernehmen. (St. N. L.)

**Hirsau, 25. Jan.** Ein aufregender Vorfall, der zu schlimmen Folgen hätte führen können, ereignete sich gestern Abend 9 Uhr. Die Pferde der Branerei Hüller „s. Schiff“ in Calw gingen auf der Oberreidenderstraße, infolge Ausschens des Wagens über die Weichsel, durch. An der Straßenbiegung beim Kameralamt riß die Weichsel ab; ohne Wagen und führerlos tasten die Pferde mit dem Wagischeit und einem Stück Weichsel bei der Oelmühle auf die gefrorene Nagold. Beim Elektrizitätswerk wollten sie anscheinend die Eisdecke verlassen, brachen jedoch an der sehr tiefen Stelle ein. Nur dem beherzten Eingreifen einiger Hirsauer Männer ist es zu danken, daß die Pferde, ohne Schaden genommen zu haben, wieder ans Land gebracht wurden. Durch eine elektrische Bogenlampe, die sonst das fröhliche Treiben auf

der Eisbahn dort beleuchtet, und von dem Besitzer des Elektrizitätswerks, Herrn Mogler, sofort eingeschaltet wurde, waren die Rettungsarbeiten wesentlich erleichtert. (G. W.)

**Stuttgart, 25. Jan.** [Bauausstellung.] Am 21. ds. Mts. trat in dem großen Sitzungssaal des Landesgewerbmuseums eine Versammlung der sich an der Ausstellung beteiligenden Architekten zusammen, um aus ihrer Mitte den Prüfungsausschuß (Jury), der über die Zulassung von Plänen usw. zur Ausstellung entscheiden soll, zu bilden. In diesen wurden gewählt: Oberbaurat Eisenlohr, Architekt Eitel, Prof. Th. Fischer, Baurat Dengerer, Prof. Dummel, Baurat Lambert, sämtliche in Stuttgart; Vorsitzender ist der Vorstand der Beratungsstelle für das Baugewerbe Titeltor Schwohl. Als weitere Mitglieder sind von der ersten Zentralstelle für Handel und Gewerbe Professor Scholter und Regierungsbaumeister Heim, auf welche beiden Herren die nächsthöchsten Stimmenzahlen fielen, berufen worden. Das Unternehmen selbst schreibt tüchtig voran. An die Gewerbehalle muß, um der lebhaftesten Nachfrage nach Plätzen genügen zu können, eine Halle angebaut werden. Auch der Gewerbehalleplan erscheint als kaum ausreichend, um die verschiedenen Sondergebäude aufzunehmen. Diese versprechen ein hervorragender Anziehungspunkt der Ausstellung zu werden.

**Stuttgart, 25. Januar.** Der König hat nach einer Entschliebung vom 3. Januar für die Fälle der Begnadigung nach Ablauf einer Probezeit dem Justizministerium die gleiche Ermächtigung erteilt, wie sie ihm für sonstige Begnadigungsfälle bei erlassener Freiheitsstrafe bereits früher erteilt worden ist. Demgemäß wird künftig nach vorangegangener Strafaufsicht und Ablauf einer Probezeit, wenn die erlassene Freiheitsstrafe die Dauer von 14 Tagen nicht übersteigt, die etwaige Begnadigung von dem Justizministerium verfügt werden. Hieron wird das Recht des Verurteilten, im Falle der Abweisung durch das Justizministerium die Vorlegung seines Gesuchs an den König zu verlangen, nicht berührt.

**Stuttgart, 25. Januar.** Die Legitimationskommission der Zweiten Kammer hat die Wahl des Abgeordneten Andre (Jr.) Oberndorf mit 6 : 3 Stimmen für ungültig erklärt. Für die Ungültigkeit stimmten Volkspartei, Sozialdemokratie, Deutsche Partei und vom Bauernbund der Abg. Dr. Wolff. Dagegen stimmten die beiden Zentrumsabgeordneten und der Abg. Schampf (Wd. Konf.) Die Erhebung in dem noch nachträglich im Dezember beigebrachten Anfechtungsgrund hat ergeben, daß ein sächsischer Staatsangehöriger, der das württembergische Staatsbürgerrecht nicht erworben hatte, zu Unrecht in die Liste zu Oberndorf aufgenommen und zur Wahl zugelassen worden ist. Ein weiterer nachträglich am 21. Januar d. J. geltend gemachter Anfechtungsgrund erwies sich schon nach dem Inhalt der Wahlisten als tatsächlich unrichtig. Die Kommissionsmehrheit zieht Andre 6 Stimmen ab, so daß er statt 3057 noch 3051 Stimmen hat, zählt Hartmann zunächst 2 Stimmen zu, so daß er statt 3049 nunmehr 3051 Stimmen hätte, also Stimmengleichheit bestände, sie zählt ihm aber weiter die Stimmen der 4 Reichsbürger zu, die nicht abgestimmt haben. — Am 10. Februar findet eine zweite Lesung statt über die Frage der für die anderen Wahlkreistungen noch in Betracht kommenden Art und Weise der Stimmenberechnung bezw. des Abzugs bei Formschlern.

**Stuttgart, 25. Jan.** Zu dem Mord in der Fürstenstraße erläßt die Staatsanwaltschaft folgendes: Am Donnerstag, den 23. Januar d. J., nachmittags etwa 12 1/2 Uhr, ist die 48 Jahre alte Marie Fuhr geborene Dettendorf, Glaserswitwe, in ihrer Wohnung, Fürstenstraße 4 II. tot aufgefunden worden. Es steht fest, daß die Fuhr unter Anwendung eines Anebels erdrosselt worden ist. Die Herkunft des Anebels ist ungeklärt. An der rechten Halsseite der Ermordeten zeigten sich leicht blutende Würgespuren, die vermutlich von einem Finkshändigen, beigebrannt worden sind. Der Täter dürfte an den Händen vielleicht auch im Gesicht, Kratzwunden erlitten haben. Ein — vollendetes oder versuchtes — Sittlichkeitsverbrechen ist ausgeschlossen. Geraubt ist nichts abgesehen davon, daß vielleicht ein nicht zu beschreibender Geldbeutel mit ganz geringem Inhalt weggenommen wurde. Es scheint sich um einen Dieb zu handeln, der am Diebstahl durch Tageswischenkunft bei allein in ihrer Wohnung anwesenden Fuhr gehindert wurde. Kurz vor 9 Uhr vormittags will eine Hausbewohnerin Dritte eines, anscheinend die Haustreppe hinaufgehenden Mannes gehört haben. Wer irgendwelche Anhaltspunkte zu Ermittlung des unbekanntes Täters geben zu können glaubt, wird dringend aufgefordert, dies hierher oder dem Stadtpolizeiamt anzuzeigen.

**Stuttgart, 25. Jan.** Gestern nachmittag wurde eine 35 Jahre alte Frau aus Feuerbach beim Pragwitzhaus von einem Automobil überfahren und erlitt 2 Rippenbrüche. Die Verletzte wurde vom Lenker des Automobils in ihre Wohnung nach Feuerbach geführt; den Führer soll keine Schuld treffen.

**Stuttgart, 25. Januar.** Die gestrige Meldung des Polizeiberichts: Ein verdächtiger Logisherr ist festgenommen, ist unrichtig.

**Eßlingen, 25. Januar.** Gestern nachmittag geriet der 19 Jahre alte Tagelöhner Wägenmaier aus Eßlingen in der hiesigen Maschinenfabrik so unglücklich unter einen zu Fall gekommenen Wasserkasten, daß er bald nachdem er ins neue Krankenhaus gebracht worden war starb.

**Hellbronn, 26. Jan.** Der hiesige Handelsverein hat in Anbetracht der mihlichen Lage der Redarschiffer diesen eine Frachterhöhung von 2 bis 3 Pfg. per 100 kg bewilligt.

**Hellbronn, 25. Jan.** Der Bauer Ernst Böhl der dieser Tage beim Fällen eines Baumes verunglückt ist, gestern seinen Verletzungen erliegen. Er hinterläßt eine Familie und sieben kleine Kinder.

**S. G. V. Murrhardt, 25. Jan.** In Waltesberg wurde der Schuhmacher Bogt verhaftet unter dem Verdacht, sein Wohnhaus, das dieser Tage neben der Scheuer niedergebrannt ist, angezündet zu haben. Er leugnet aber die Tat.

**Walkhausen, O.A. Gerabronn, 23. Jan.** Vorgestern hat ein schulpflichtiger Knabe ein sächsiges Mädchen, das auf dem Eise eingebrochen war, vom Tode des Ertrinkens gerettet.

**Vom Amt Mergentheim, 25. Jan.** Auf der Landstraße bei Braun wurde vorgestern Abend an einem vierzehnjährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Der Täter, ein Handwerksbursche, wurde gestern Nacht ermittelt und dingfest gemacht.

**Mergentheim, 26. Jan.** Ein recht fatales Resultat ergab die letzte Treibjagd. Von etwa zehn Schützen und einer stattlichen Anzahl Treiber wurde ein eim Häslein der Garans gemacht. In letzter Zeit wurde allerorts über Hasenschaden geklagt.

**Worzhelm, 24. Januar.** Die durch unsere Stadt fließende Enz ist in letzter Zeit zum Teil schon in ein korrigiertes Bett gelegt worden, zum Teil wird sie es in der nächsten Zeit, so daß das Stadtbild bedeutend verschönt wird. Im Verlaufe dieser Korrektur werden dann zwei Stadtviertel, die alte, unansehnliche „Au“, in der die Stadtverwaltung bereits eine Reihe Häuser angekauft hat, abgerissen und es werden dort neue Viertel erstellt. Um einige Reste alter Zeit, den Schelmenturm und ein Stück der alten Stadtmauer zu schonen und doch in dem neuen Quartier ein imposantes Stadtbild zu gewinnen, schreibt die Stadtverwaltung gegenwärtig eine Ideenkonkurrenz mit Preisen an Architekten aus.

**Leipzig, 25. Jan.** Am Freitag Abend ist der Briefträger Rude auf dem Rückweg von einem Landbestellung auf der Dübener Chaussee von 2 unbekanntes Männern, vermutlich in räuberischer Absicht, angefallen worden. Der eine von ihnen verfehlte dem Briefträger mit einem Knüttel einen Schlag über den Hinterkopf. Auf die Hilferufe des Verletzten entflohen die Täter, auf deren Ermittlung die Oberpostdirektion Leipzig eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt hat.

**Berlin, 25. Jan.** Unter dem dringenden Verdacht, den Förster Emil Schwarzenstein der Försterei Müggelsee erschossen zu haben, ist sein eigener 21 jähr. Sohn Willy in Rahnsdorf verhaftet worden. Die Verdachtsgründe gegen Willy Schwarzenstein, seinen eigenen Vater ermordet zu haben, sind sehr schwerwiegend. Die Verfolgung der Spur mit Polizeihunden führte vom Tator zum Försterhaus. In der Nähe des Sohnes waren die Hunde besonders unruhig. Die Verlesungen des Försters waren durch Schrotschüsse erfolgt. Sodann wurde eine Kinte, deren Vorhandensein von Willy geleugnet worden war, hinter einem Kasten gefunden und im Laufe frischer Pulverschleim festgestellt, trotz der Behauptung des Sohnes, daß sie vor 3 Wochen zuletzt benutzt worden sei. Auch Beweggründe zur Tat sind vorhanden. Willy verbrauchte viel Geld und machte auf den Namen seines Vaters viele Schulden; auch hatte er die Unterschift des Vaters auf Wechseln gefälscht und jetzt eine Entdeckung befürchtet. Von einer kürzlichen Erbschaft seines Großvaters, enthielt ihm der Vater seinen Geldbeutel vor, worüber mehrfache Streit ausbrach.

**Berlin, 25. Jan.** Oberst Graf v. Gdden, der Kommandeur des 10. Dragoner-Regiments in Allenstein, dem der ermordete Major v. Schönebeck angehörte, hat nunmehr den Abschied mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Regimentsuniform bewilligt erhalten. (Es hieß einmal, das Abschiedsgesuch des Obersten habe im Zusammenhang mit der Allensteiner Mordaffaire gestanden; aber es ist nicht bekannt geworden, welcher Art dieser Zusammenhang hätte sein können. Vielleicht erfährt man darüber näheres in der Gerichtsverhandlung gegen den Hauptmann v. Gdden oder die Majorin v. Schönebeck. Die Verhandlungen aber werden erst nach Wochen stattfinden können, da bekanntlich beide Verhafteten zur Untersuchung ihres Geisteszustandes in Irrenanstalten untergebracht sind. D. Red.)

**Berlin, 24. Januar.** Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist eine Petition fortschrittlicher Frauenvereine zugegangen, die den gemeinsamen Unterricht von Jünglingen und Jungfrauen in den oberen Klassen der Knabenschule befürwortet.

**Barmen, 25. Jan.** Feuer zerstörte die unteren Räume des großen Konfektionsgeschäfts von Louis Wainberg u. Cie. In den oberen Räumen wurde der Warenbestand durch Wasser verdorben. Der Schaden wird auf mehrere 100 000 M. geschätzt.

## Das Urteil im Balz-Hoffmann-Prozess.

Im Prozeß Balz-Hoffmann wurde gestern nachm. die Plädoyers gehalten. Oberstaatsanwalt Faber beantragte gegen den Angeklagten Regierungsbaumeister Hoffmann wegen Verleumdung des Geheimrats v. Balz eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten, der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmid, die Freisprechung. Das Abends 8 Uhr verkündete Urteil der Strafkammer lautete auf eine Geldstrafe von 500 M., eventuell 6 Wochen Gefängnis, sowie Tragung sämtlicher Kosten. In den Entscheidungsgründen wird hervorgehoben, daß der von dem Angeklagten angetretene Wahrheitsbeweis in allen Teilen misslungen sei, daß nur mit Rücksicht auf die bisherige Straflosigkeit des Angeklagten und den Umstand, daß er in einzelnen Punkten sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe, auf eine Geldstrafe anstatt auf eine Gefängnisstrafe erkannt worden sei.





